

Stellungnahmen zu Umwelt- und Verkehrsthemen

Leserbrief zu: „Die Frage, ob man der Wissenschaft vertraut“, in: Main-Echo vom 24.11.2017, erschienen in: Main-Echo online vom 25.11.2017 sowie: „Ja' zu Glyphosat löst Streit in deutscher Regierung aus“, in: Main-Echo vom 28.11.2017, erschienen in: Main-Echo vom 21.12.2017

Die Gefährlichkeit von Glyphosat wird, im Gegensatz zur Einschätzung von Herrn Albert, zunehmend erkannt. So wurde Glyphosat von der Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Laut den Experten der WHO gebe es „überzeugende Belege“

dafür, dass Glyphosat bei Labortieren wie Mäusen und Ratten Krebs verursache. Außerdem sehen die WHO-Forscher „begrenzte Belege“ dafür, dass Glyphosat auch beim Menschen krebserregend wirkt. Die WHO hat das Herbizid in die zweithöchste Risikostufe („wahrscheinlich krebserregend“) eingestuft.



Anfang des Jahres wurde bekannt, dass der Saatgut und – Herbizid – Konzern Monsanto, der Glyphosat erfunden hat, an vermeintlich unabhängigen Studien über den Unkrautvernichter maßgeblich beteiligt war. Das geht aus öffentlich gewordenen unternehmensinternen Emails

hervor, die der Süddeutschen Zeitung bekannt wurden. Monsanto hat demnach sowohl auf Wissenschaftler als auch auf die amerikanische Umwelthörde EPA eingewirkt. Außerdem soll der Konzern eine eigenständige Untersuchung von Glyphosat durch das amerikanische Gesundheitsministerium verhindert haben. Die Dokumente wurden während eines Gerichtsverfahrens in Kalifornien auf Anweisung des Richters öffentlich, in dem Krebsopfer gegen Monsanto klagte. Die Betroffenen leiden am Non-Hodgkin-Lymphom, einer bösartigen Erkrankung des Lymphsystems, für das sie Glyphosat verantwortlich machen. Auch auf einen Zusammenhang von der Entstehung von Non-Hodgkin-Lymphomen und Glyphosat weisen zahlreiche Studien hin.

Die Gefährlichkeit von Glyphosat wird zunehmend erkannt. Kalifornien setzte Glyphosat Anfang Juli dieses Jahres auf die Liste potentiell krebserregender Stoffe. Das Parlament der Niederlande hat sich im vergangenen Jahr für ein Glyphosat-Verbot ausgesprochen. Frankreichs Umweltminister hat in diesem Jahr angekündigt, dass seine Regierung einer Neuzulassung von Glyphosat nicht zustimmen werde. Kritikwürdig ist deshalb die Haltung von 18 Mitgliedstaaten der EU-Kommission, die die Zulassung von Glyphosat für weitere fünf Jahre gestern billigten. Die Umweltorganisation Greenpeace forderte daraufhin, dass Deutschland nun im Alleingang Glyphosat verbieten müsse. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen. Der Vertragsbruch von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt zeugt zudem vom Verfall der politischen Sitten.

Christian Schauer

Glyphosat foodwatch